V-50 Unser Europa der offenen Grenzen

Gremium:	KV Warendorf KMV
Beschlussdatum:	01.10.2024
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Europa schützt unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, macht unser Leben sicherer und freier, sichert soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Lebensqualität. Das Europa der offenen Grenzen und der Freundschaft war die konsequente und richtige Antwort auf den Faschismus und zwei Weltkriege, in denen Deutschland Leid und Tod über die Welt gebracht hat.

Deswegen setzen wir Grüne uns ein für eine Europäische Union, in der wir ohne Grenzkontrollen reisen, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können und in der die Rechte aller gegen Ausgrenzung und Diskriminierung geschützt werden. Deswegen unterstützen wir die Ukraine bei ihrem Kampf gegen den russischen Angriffskriegs solange, bis alle russischen Truppen die Ukraine verlassen haben und die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen sichergestellt sind.

Flucht und Migration sind angesichts von Kriegen, Klimakatastrophe und Artenkollaps eine historische und globale Realität, vor der wir jetzt und zukünftig nicht die Augen verschließen können. Die Zahl der Vertriebenen hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen. Doch die Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa.

Wir stellen uns der Verantwortung, den Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, helfend zur Seite zu stehen. Dabei stellen wir Humanität und Menschenrechte in den Vordergrund. Wir lehnen Abschottung und Zäune ebenso ab wie Abkommen mit und Abschiebungen in autoritäre Regime wie Syrien und Afghanistan.

Wir sehen in den aktuellen Diskussionen zur Migrationspolitik einen Widerspruch zu den Werten der Menschenrechte, die wir Grünen stets hochgehalten haben. Vielerorts werden auch an Europas Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur, sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

Wir Grüne kämpfen für eine EU, die gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält. Deswegen lehnen wir Grünen jede weitere Verschärfung von Asylregelungen ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kontrollen der deutschen Grenze sofort einzustellen, da diese sowohl von ExpertInnen als auch von den Sicherheitsbehörden als nutzlos bewertet worden sind und der gesamteuropäischen Wirtschaft Schaden zufügen.

Die von den Regierungen in Europa in den letzten Monaten getroffenen Maßnahmen an innereuropäischen Grenzen leisten auch keinen Beitrag, die Sicherheit zu verbessern und den Kampf gegen den islamistischen Terror erfolgreich zu führen. Die Antwort des schrecklichen islamistischen Terroranschlag in Solingen darf nicht darin bestehen, den Rechtsstaat zu schleifen. Stattdessen gilt es nun, die Instrumente einzusetzen und zu fördern, die von ExpertInnen seit Jahren gefordert werden.

Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Nachrichtendiensten wollen wir eine starke europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir Grünen schlagen deshalb die Gründung einer Europäischen Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

Eine humane und zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik setzt auf Integration und bietet den Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, echte Perspektiven. Die Integration von Geflüchteten in unserem Land ist eine Erfolgsgeschichte, was sich allein an der großen Zahl der Menschen ablesen lässt, die in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Deutschland ist auf die Zuwanderung von Netto 400.000 Arbeitskräften pro Jahr angewiesen. Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, die Arbeitsverbote für Geflüchtete zu streichen, denn Arbeit ist der beste Weg zur Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete in Ausbildung oder Arbeit unbürokratisch einen gesicherten Aufenthaltstitel erhalten können, um angstfrei in Deutschland leben zu können.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben bei der Integration von Geflüchteten ausreichend ausgestattet werden. Die Unterstützung durch ehrenamtliches Engagement ist für die Bewältigung der Integrations-Herausforderung von außerordentlicher Bedeutung und muss daher verlässlich und dauerhaft durch öffentliche Förderung abgesichert werden.

Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen muss immer offenstehen. Justiz und Sicherheitsbehörden sind mit den notwendigen finanziellen und digitalen Ressourcen auszustatten, so dass Asylverfahren rechtssicher und ohne Verzögerungen durchgeführt werden können.

Wir Grünen lehnen die Durchführung von beschleunigten Grenzverfahren ab, da diese einen systematischer Freiheitsentzug für die Dauer des Verfahrens erforderlich machen. Dieses Vorgehen allein aufgrund eines Asylantrags widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem zeigen die bisherigen Erfahrungen mit Aufnahmelagern und Transitzonen an den EU-Außengrenzen, dass eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung sowie Zugang zu Rechtsberatung unter diesen Bedingungen in der Regel nicht gewährleistet ist.